
Kommunale
Wärmeplanung
Grün, sozial,
gerecht
gruene-bundestag.de



Foto: picture alliance / Ipon

ANGRIFF AUF DIE WÄRMEWENDE

Engagierter Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. Viele Menschen haben das verstanden und wollen ihren Beitrag dazu leisten. Zahlreiche Kommunen, politische Entscheidungsträger*innen und Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht und arbeiten an konkreten Lösungen. Auch in unseren eigenen vier Wänden können wir etwas tun. Anders heizen, besser dämmen – das bewahrt uns vor steigenden Energiekosten und macht uns unabhängig von fossilen Importen. Und wir schützen das Klima. Das Ziel ist bezahlbare und klimafreundliche Wärme für alle vor Ort. Wichtig ist, dass Kommunen, Haushalte und Unternehmen dabei gut zusammenarbeiten.

Die drei Säulen der Wärmewende



Foto: Adobe Firefly

Wir Grüne im Bundestag hatten in der Ampelregierung mit dem Gebäudeenergiegesetz und dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung den Rahmen für die Wärmewende geschaffen. Drei Säulen bilden ihr Fundament:

1. Kommunale Wärmeplanung
2. Heizungstausch
3. Sozial gestaffelte Förderung

Uns ging es um drei Ziele: den Umstieg auf klimafreundliches Heizen zu beschleunigen, die Bürger*innen finanziell dabei zu unterstützen und einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
Doch nun greift die schwarz-rote Koalition dieses Fundament der Wärmewende an. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unverständlich, denn mehr denn je spüren wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Wenn wir diese Abhängigkeit und die damit verbundenen Preissprünge überwinden wollen, ist eine konsequente Wärmewende der einzig richtige Weg.

I. Kommunale Wärmeplanung

hat sich bewährt – nun wird sie erschwert

Ein Eckpfeiler der Wärmewende ist die Kommunale Wärmeplanung (KWP). Den Kommunen haben wir in der Ampel damit ein wichtiges Instrument für den Umbau der Wärmeversorgung an die Hand gegeben. Mithilfe der Kommunalen Wärmeplanung sollen die Menschen frühzeitig verlässliche Informationen darüber bekommen, wie in ihrem Wohnviertel künftig geheizt werden kann – ob Wärmenetze zur Verfügung stehen oder dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen das Mittel der Wahl sind. Die Wärmeplanung berücksichtigt dafür den Wärmebedarf vor Ort und prüft, welche erneuerbaren Energiequellen und Infrastrukturen vorhanden sind. So wissen die Bürger*innen, welche Heizungsart für sie infrage kommt, und können Fehlinvestitionen vermeiden.





Foto: picture alliance / Image BROKER

Die Wärmeplanung ist in einigen Bundesländern bereits gelebte und bewährte Praxis. Zu den Vorreitern gehören Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Viele Kommunen haben bereits erfolgreich Wärmepläne erstellt, vom Landkreis Lörrach bis zur Landeshauptstadt Hannover. Im europäischen Ausland geht Dänemark mit gutem Beispiel voran. Unsere skandinavischen Nachbarn haben die Wärmeplanung schon in den 80er Jahren verpflichtend für die Kommunen eingeführt und damit den Weg für eine bezahlbare, grüne Wärme der Zukunft geebnet.

Bauarbeiten an einer neuen Fernwärmeleitung zur Nutzung von Abwärme aus einem Industriebetrieb in Düsseldorf



Foto: XCARE Alliance

Erneuerbare Wärmenetze

Gleichzeitig haben wir in der Regierungsbeteiligung auch die Dekarbonisierung der Wärmenetze vorangetrieben: Das Ziel war, bestehende Netze schrittweise klimaneutral zu machen und neue Wärmenetze von Beginn an mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien zu betreiben. Die Betreiber der Versorgungsanlagen werden verpflichtet, Fahrpläne für die Transformation der Netze und die Verringerung des Anteils fossiler Energieträger zu erstellen. So gibt es für jedes Wärmenetz einen klar beschriebenen Weg zur Klimaneutralität – spätestens im Jahr 2045. Der Bund fördert sowohl die Pläne als auch die Umstellung auf grüne Energien in Wärmenetzen über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW). In kurzer Zeit hat die Erneuerung der Wärmenetze bereits Gestalt angenommen.

Ein Kollektorfeld bei Schleswig: Es soll ein 8.000 Quadratmeter großes Quartier mit Nahwärme versorgen und damit zu einer sparsamen und effizienten Nutzung von Energie beitragen.

Wärmeplanung wird erschwert

Nun hat Schwarz-Rot die Karten neu gemischt und stellt damit die Wärmewende infrage. Das ursprüngliche Zusammenspiel der gesetzlichen Regelungen für einzelne Gebäude mit einer Wärmeplanung wurde abgeschafft. Das neue sogenannte Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) sorgt für erneute Planungsunsicherheit, weil der Einbau neuer fossiler Öl- und Gasheizungen nun wieder erlaubt ist. Dadurch wird auch die Infrastrukturplanung komplizierter. Am Ende kann es dazu kommen, dass sich der Aufbau einer komplexen Infrastruktur für Strom, Wärme, Wasserstoff und Gasnetze volks- und betriebswirtschaftlich nicht lohnt.





Schwarz-Rot hat die Wärmewende ausgebremst und die Fossilen wieder ins Rennen gebracht.

Grafik: James Shah/Unsplah

Kostenfalle Wasserstoff

Aktuell novelliert die schwarz-rote Bundesregierung auch das Wärmeplanungsgesetz. Die Novelle setzt zwar sinnvolle EU-Vorgaben um, zum Beispiel bei der Kälteplanung. Heikel wird es aber, wenn es um die Wärmeplanung in kleinen Kommunen geht: Sie könnten Wasserstoffnetze künftig leichter als angeblich „wirtschaftlich“ ausweisen – etwa, weil bereits ein Gasnetz existiert. Doch was man wissen muss: Wasserstoff zum Heizen ist teuer und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben! Für Haushalte kann das zur Kostenfalle werden. Bisher war die Planung mit Wasserstoff als Energiequelle an deutlich strengere Prüfungen und Nachweise gebunden. Diese Schutzmechanismen werden nun abgeschwächt. Außerdem soll die Wärmeplanung künftig nicht mehr zwingend von einem kommunalen Gremium beschlossen werden. Das beschleunigt zwar das Verfahren, schwächt aber die demokratische Mitsprache vor Ort. Wir lehnen diese Änderungen am Wärmeplanungsgesetz ab und fordern weiterhin Planungssicherheit für alle: Kommunen, Versorger und Verbraucher*innen.

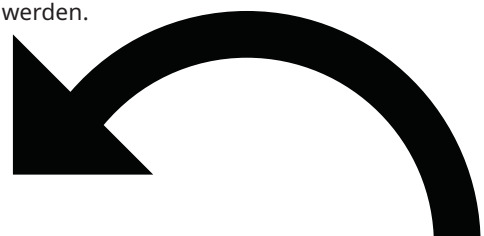


Grafik: Shutterstock

II. Rolle rückwärts beim Heizungstausch

Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz lässt die Regierung aus Union und SPD den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen wieder zu. Das klingt im ersten Moment bequem, für die Menschen wird es jedoch extrem teuer, denn es führt zurück in die fossile Abhängigkeit. Was diese Abhängigkeit die Verbraucher*innen kostet, erleben wir gerade an der Zapfsäule. Zwei Gutachten des Bundestags zeigen zudem: **Das Gesetz könnte vor dem Verfassungsgericht und am EU-Recht scheitern.**

Wir Grüne im Bundestag warnen vor diesem Irrweg. Wer sich heute auf dieses Gesetz verlässt und noch einmal in fossile Technik investiert, tappt in eine Investitionsfalle. Denn eine neue Gasheizung soll 15 bis 20 Jahre halten. In dieser Zeit wird Gas durch den CO_2-Preis, steigende Netzentgelte und eine neue Luxusgas-Quote immer teurer werden.



Die Pläne von CDU und SPD sind nicht nur rückwärtsgewandt, sie bauen ein Luftschloss:

Die Luxusgas-Quote: Ab 2028 müssen die Eigentümer bestehender Gasheizungen nachweisen, dass die Heizungen zunehmend mit „Grüngas“ (zum Beispiel Wasserstoff oder Biomethan) betrieben werden. Ab 2029 sollen neue Heizungen – bis 2040 stufenweise ansteigend – bis zu 60 Prozent mit „grünen“ Gasen (dazu zählt aber auch erdgasbasierter Wasserstoff) betrieben werden. Eine vergleichbare Regelung gibt es für neue Ölheizungen.

Die Täuschung: Niemand weiß heute, woher diese riesigen Mengen an „grünem“ Gas kommen sollen und was sie kosten werden. Expert*innen warnen, dass dieses „Luxus-Gas“ extrem knapp und teuer sein wird.

Das Ergebnis: Statt günstiger Wärme droht ein Kostenschock. Die Regierung treibt uns in eine neue Abhängigkeit von teuren Importen und spekulativen Brennstoffen, statt auf technologisch ausgereifte Lösungen zu setzen.

Die Klimaschutzlüge: Schwarz-Rot ist der Klimaschutz beim Heizen offenbar egal. Dabei wissen sie so gut wie wir, dass Öl- und Gasheizungen unser Klima zerstören und damit die Grundlagen eines guten Lebens für uns alle bedrohen.



Foto: picture alliance / ANP Foto: Adobe Firefly

Klimafreundlich und günstig heizen

Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Heizkosten auch in Zukunft bezahlbar bleiben:

Unabhängigkeit: Wir setzen auf den Erfolgspfad der letzten Jahre. Jede Wärmepumpe macht uns unabhängiger von Gasimporten aus Krisenregionen und somit weniger erpressbar.

Planungssicherheit: Handwerk, Industrie und Verbraucher*innen brauchen Verlässlichkeit. Ein Hin und Her und falsche Anreize schaffen nur Chaos und verunsichern eine ganze Branche, die gerade erst dabei war, durchzustarten.

Klimaschutz ist Menschenschutz: Wir halten daran fest, unsere Umwelt zu schützen und die Klimaerhitzung zu begrenzen. Denn Klimaschutz und günstiges Heizen gehören zusammen.

III. Breite Förderung –

damit Heizungstausch für alle bezahlbar bleibt

Obwohl die Koalition ursprünglich angekündigt hatte, dass sich an der Förderung für Heizungstausch und Sanierung (Bundesförderung für effiziente Gebäude, BEG) bis 2029 nichts ändern soll, wird die Förderung nun doch aus Spardruck zusammengestrichen. Für den Zeitraum von 2027 bis 2030 sind das insgesamt 2,1 Milliarden weniger. Diese Politik ist verantwortungslos und schürt Verunsicherung bei den Menschen, bei der Branche und beim Handwerk. Selbst wenn für bestimmte Familienkonstellationen mit entsprechend niedrigem Einkommen die maximale Förderhöhe von 70 auf 80 Prozent erhöht wird: Der Fördermaximalbetrag sinkt. Im Schnitt erhalten Menschen für ihre neue Heizung rund 4.000 Euro weniger vom Staat (ohne Einkommensbonus). Es ist vor allem ein Sparprogramm, das am Ende zu weniger Klimaschutz führen wird und das können wir uns nicht leisten.

Aus unserer Sicht bräuchte es stattdessen:

- verlässliche Fördersummen,
- eine klarere soziale Staffelung der Förderung,
- eine Abwrackprämie für alte Öl- und Gasheizungen,
- Lösungen für Menschen, die nicht in Vorleistung gehen können oder sich den Eigenanteil nicht leisten können,
- eine Senkung der Stromsteuer für alle, damit die Betriebskosten noch günstiger werden.

Foto: Zinn/Jaj



Fazit: Mit vereinten Kräften schaffen wir die Wärmewende – für ein warmes Zuhause mit grüner Wärme für alle!


GUTE JOBS
Regional und erneuerbar statt unbezahlbar
AUSBAUEN
STATT
Wer Wind ausbremst, wird Stillstand ernten.
FREIHEIT
ENERG
Die Ga-Ga Gas-Lobbyisten



Foto: Loif



Wer berät mich?

Bei allen Fragen rund um die Kommunale Wärmeplanung ist das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) die erste Anlaufstelle: www.kww-halle.de

Umfangreiche Beratungsangebote bietet das Portal www.energiewechsel.de, darunter einen Heizungswegweiser für Haushalte und Informationen zu Förderungen für kommunale Akteure wie die Bürgerenergiegesellschaften.

Noch Fragen?

Zum Weiterlesen:

- gruene-bundestag.de/waermewende

Bundestagsdrucksachen:

21/2724 Heizkostenfalle verhindern – Wärmewende weiterführen für ein warmes und bezahlbares Zuhause (Antrag)

21/6006 Heizkostenfalle verhindern – Klima und Mieterinnen und Mieter schützen, Energieunabhängigkeit stärken (Antrag)

21/6005 Sanierungsoffensive für Deutschland – Heizkostensenkung durch eine vollständige Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Dr. Alaa Alhamwi MdB

Karoline Otte MdB

Fachbereich 2 – Ökologie

TEL 030 227 56789

info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Uns geht's ums Ganze

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: St. Kaminski, Stand: November 2026